



Auf die Straße gegen Leiharbeit, Fremdvergabe und Rationalisierung

HERAUS ZUM 1. MAI!

Tradition ist eine feine Sache. Aber Tradition pflegt man nicht dadurch, dass man Geschichte Geschichte sein lässt und ansonsten heute die Füße hochlegt. Der 1. Mai ist ein Kampftag, ein internationaler Kampftag der Arbeiterklasse. Der 1. Mai muss also heute ein Kampftag sein z.B.:

- gegen Leiharbeit in jeglicher Form
- gegen Niedriglöhne
- gegen Renten- und anderen Sozialraub
- und nicht zuletzt gegen den Krieg und seine Vorbereitung in jeglicher Form

Grund genug also am 1. Mai mit uns zu demonstrieren.

Treffpunkt: 10:15 Uhr auf dem Parkplatz des Weserstadions, beim LKW mit den roten Fahnen DGB-Demonstration und anschließende Kundgebung.



Betriebsratswahlen

Arbeiterräte haben in der Geschichte der Arbeiterbewegung ein gute Tradition: Gewählt direkt von der Basis, dieser rechenschaftspflichtig und jederzeit abwählbar von ihren Wählern. Anders die (in der Welt ziemlich einmaligen deutschen) Betriebsräte. Sie werden zwar auch von der Basis gewählt (zumindest von knapp 60%). Sie bleiben mindestens 4 Jahre „im Amt“ (das klingt nach **Beamten**!) und mit der Rechenschaftspflicht ist es nicht sehr weit her. Manche Betriebsräte fühlen sich mehr an die „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ mit Werkleitung oder Abteilungsleiter verbunden, als mit ihren Wählern. So kommen dann auch manch einsame Entscheidungen zustande, wie etwa das Pausendurchfahren in der Halle 9 (z.B. hat sich die komplette Nachtschicht dagegen ausgesprochen und trotzdem sind die gemeinsamen Pausen futsch). Schlecht dabei ist, dass sich gerade die

so getretenen Kollegen der Halle 9 nur mäßig an den Wahlen beteiligt haben. Also wird es wieder 4 Jahre lang einsame „Gewissensentscheidungen“ gegen die Kollegen geben, wenn die sich nicht endlich einmischen, so wie es gerade einige Hundert in Halle 9 wenigstens per Unterschrift tun.

So gibt es Hauen und Stechen bei der Verantwortlichkeitsverteilung im neu gewählten Betriebsrat, fernab von den Wählern. Die „Linken“ werden auf Teufel-komm-raus ferngehalten z.B. von der Halle 9 (wo es verdammt viel aufzuarbeiten gibt!) oder aus anderen wichtigen Funktionen. Darüber jammern wir nicht, weil wir immer am Gedanken der Räte festhalten werden und nicht an der Sozialpartnerschaft mit dem Unternehmer. Sollte sich das irgendwann mal ändern, zieht uns zur Rechenschaft und wählt uns ab! Denn dann haben wir's verdient.

Bezahlung Betriebsversammlung

Was für uns Stammarbeiter selbstverständlich ist, soll für die Leiharbeiter nicht gelten. Nämlich die Bezahlung der Betriebsversammlung am 31.3.2014. Viele Leiharbeitskollegen haben es schon auf ihrer Zeitabrechnung entdeckt. Bezahlt nach Daimler Betriebsvereinbarung wurden sie am 31.3 nur für die Arbeit am Band, aber nicht für die Zeit auf der Betriebsversammlung. Im Schnitt fehlten jedem Kollegen Leiharbeiter 4 Stunden Lohn. Dieses zeigt doch den Charakter dieser Firma. Kollegen zweiter Klasse sind die Leiharbeiter schon in den Hallen, jetzt

werden sie auch noch bestraft, wenn sie ihr Recht auf Information wahrnehmen. Die Werkleitung hat diese Diskriminierung der Leiharbeiter unverzüglich zu unterlassen und die Betriebsversammlung wie jedem Kollegen voll zu bezahlen. Dieser Fall zeigt doch einmal mehr, dass Leiharbeit verboten werden muss. Alle Regularien (Tarifvertrag oder Betriebsvereinbarung) zum Trotz, werden unsere Kollegen Leiharbeiter wie Menschen 2ter Klasse behandelt und sind auch rechtlich der Stammebelegschaft nicht gleichgestellt. (Stand 17.04.14)

Pausendurchfahren

Durch einen Mehrheitsbeschluss des Betriebsratsgremiums wurde dem Pausendurchfahren der 5 Minuten Verteilzeit in der Halle 9 zugestimmt. Aus gewerkschaftlicher Sicht ist das Durchfahren von Pausen abzulehnen. Auch in der Logistik soll dieses umgesetzt werden, aber es gibt große Probleme bei der Umsetzung. An allen Ecken fehlt es an Personal. Geht man in die Gruppengespräche, wird klar, dass die Meistereien durch die Ablöseregelung theoretisch „mehr“ Personal haben, aber

praktisch personalmäßig auf dem Zahnfleisch fahren. Wir können unsere Kollegen immer wieder auffordern, ihre 5 Minuten Pause zu nehmen, auch wenn kein Ablöser gestellt wird. Kein Meister hat das Recht, Pausen zu verweigern nach dem Motto „ich heiße Ansgar und ich bin der König, mein Name ist Gesetz“. Sollten weiterhin Vorgesetzte meinen, sie könnten Pausen absagen, meldet Euch bei Euren Bereichsbetriebsräten.

Abgase sind nicht mehr zu ertragen

Die schlechten Luftverhältnisse in der Einfahrabteilung Halle 9 sind bis heute nicht abgestellt worden.

Kollegen berichten, dass dieses Problem schon seit 5 Jahren bekannt ist und sie jetzt in Rente gehen und drei Kreuze machen, weil sie die Abgase nicht mehr einatmen müssen. Anstatt endlich Geld in die Hand zu nehmen, wird mit Umwickeln von Absaugvorrichtungen durch Plastikfolien versucht, die Luftdurchfuhr zu regulieren. Schlimmer geht's nimmer, denken die Kollegen. Aber anscheinend werden jetzt vermehrt Leiharbeiter und Ferienarbeiter dort eingesetzt, um die Stammkollegen vor weiteren Belastungen zu schützen. Das ist an Zynismus kaum zu überbieten. Jeder der sich über die Gefährlichkeit von Motorabgasen informiert, weiß, dass durch Einatmen oder Hautaufnahme der Abgase Krebs oder andere schlimme Krankheiten entstehen können. Das Beste oder nichts. Für die Kollegen Nichts, für die Aktionäre Profite und Dividende. Wir fordern die Hallenleitung auf, endlich Geld in die Hand zu nehmen und Arbeitsplätze zu schaffen, die nicht krank machen.



Vier Kontinente eine Leidenschaft?

Als sich in den letzten Wochen Ferienarbeiter für die Osterferien bewarben, hat wohl eine Personalsachbearbeiterin während eines Einstellungstermin geschlafen oder nicht gemerkt, aus welcher Nationalität der Ferienarbeiter kommt. Nach drei Tagen Arbeit in der Halle 1 stellte man dort überraschend fest, dass der Kollege der deutschen Sprache nicht mächtig ist. Also raus mit dem Kollegen, dachte sich die Personalsachbearbeiterin. Nach intensiven Gesprächen mit den Bereichsbetriebsrä-

ten der wurde der Personalsachbearbeiterin aufgezeigt, wo ihre Grenzen sind. Weltkonzern in den bunten Blättern, Hinterwäldlerin im Personalbüro. Der Kollege Ferienarbeiter hat durch diesen Vorfall einiges dazu gelernt. Bei Daimler wird geschwafelt über Leidenschaften und vier Kontinente, aber die nationalistische Dummheit macht auch nicht vor den Toren dieser Fabrik halt.

Stoppt diese Jubilare

Vor 100 Jahren Beginn des 1. Weltkrieges, vor 75 Jahren Beginn des 2. Weltkrieges, vor 15 Jahren Beginn der Bombardierung Jugoslawiens. Aus diesem Anlass hat ein Jugendbündnis „Stoppt den deutschen Kriegskurs“ einen Aktionstag in vielen Städten und eine Veranstaltungsrundreise organisiert (Flugblatt hatten wir im März beigelegt). Als IGM Vertrauensleute und Betriebsräte, die wir dieses Flugblatt machen, haben wir diese Aktivitäten unterstützt.

Am 24. März, also dem Tag, an dem vor 15 Jahren die ersten Bomben auf Belgrad nieder gingen, fand auch in Bremen eine kleine Demonstration statt, die für ca. 1/2 Stunde die Wilhelm-Kaisen Brücke besetzt hielt. Dort konnten wir ein kleines Grußwort sprechen, warum gerade wir als Arbeiter gegen den Kriegskurs unserer Herren sind und nicht wollen, dass unsere Kinder zum Kanonenfutter für Profitinteressen werden.

Am nächsten Tag machte die Veranstaltungsrundreise in Bremen Halt. Dort sprach ein Vertreter der kommunistischen Jugend Jugoslawiens (SKOJ) darüber, wie der Krieg sein Land zerstört hat und welche Auswirkungen dies bis heute hat. Neben Toten, einer verseuchten Umwelt und zerrütteten Infrastruktur, auch viele zerstörte Fabriken,

weswegen die offizielle Arbeitslosigkeit heute bei rund 25% liegt und bei der Jugend sogar bei 50%. Außerdem sprach dort ein Vertreter des Jugendbündnisses über die deutsche Verantwortung an diesem Krieg und darüber, wie die Jugend und die Arbeiter gegen Krieg kämpfen können, was im Anbetracht des Konfliktes mit der Ukraine, heute eine vordringliche Aufgabe ist.

In einem Gespräch mit dem jungen Freund aus Serbien erfuhren wir, wie dort die Arbeiter gegen die Einführung von Leiharbeit kämpfen. Nachdem die Regierung angekündigt hatte, diese Form der Sklaverei per Gesetz zu erlauben, fanden allerorts Warnstreiks statt und die Gewerkschaften drohten mit einem Generalstreik für den Fall, dass die Regierung das Gesetz verabschiedet. Das hatte Wirkung, der Gesetzesentwurf verschwand wieder in der Schublade, vorläufig, wie der Kollege betonte. Dabei erfuhren wir auch, dass Daimler dort jetzt in einem Werk Busse montieren lässt. Nachdem das ganze Land auch durch deutsche Bomben daniederliegt, ist hier sicher nicht mit größerer Konkurrenz zu rechnen. Aber auch so rechnen sich Kriege halt. Nur eben nie für den Arbeiter, hier, wie dort. Deswegen: Mit uns kein drittes Mal!

Die Mindestlohnlüge der Ermächtigungsregierung

Nun ist es da, das Baby der Großen Koalition, gekleidet in einen Gesetzestext: Der Mindestlohn. Neben der Rente mit 63, der wichtigste Grund, weswegen unsere Gewerkschaft für diese Koalition die Werbetrömmel rührt, weswegen die SPD Mitglieder aufgerufen waren für diese Regierung und ihren Koalitionsvertrag zu stimmen. Vom Bundeskabinett verabschiedet, fehlt nur noch die Zustimmung des Bundestages, aber das ist in diesen Zeiten der absoluten Mehrheit ja reine Formsache.

Die oberflächlichen Fakten sind bekannt: 8,50€ pro Stunde, ab Januar 2015. Heute arbeiten etwa 6,5 Millionen Arbeiter für weniger Geld, also jeder 6. Beschäftigte. Nach eigenen Angaben der Regierung werden von der Einführung 2015, aber nur etwa 3,7 Millionen profitieren. Ein Grund dafür sind die vielen Ausnahmen. Z.B. die rund 1 Millionen Erwerbslosen, die länger als ein Jahr arbeitslos waren, haben die ersten sechs Monate im neuen Job kein Anrecht darauf. Das bedeutet, dass gerade diese Kollegen weiterhin als Lohndrücker missbraucht werden,

zumal sie ein Jobangebot nicht ablehnen dürfen. Außerdem birgt das die Gefahr in sich, dass in Zukunft viele Erwerbslose am Ende ihrer sechsmonatigen Probezeit wieder arbeitslos werden, der Trick ist zu simpel. Außerdem gilt der Mindestlohn nicht für die Arbeiterjugend, er braucht nicht an unter 18jährige, nicht an Auszubildende und nicht an die meisten Praktikanten gezahlt werden.

Bis Januar 2017 kann der Mindestlohn zudem durch Tarifverträge unterlaufen werden. Vielleicht heißt das Gesetz für den Mindestlohn ja deswegen „Tarifautonomiestärkungsgesetz“. Eine erste Erhöhung ist denn auch erst 2018 möglich. Die wäre dann auch bitter nötig, denn bis dahin haben die 8,50€ inflationsbedingt nur noch eine Kaufkraft von ca. 7,80€ (wenn man eine durchschnittliche Inflation von 2% zugrunde legt). Aber schon von 8,50€ kann selbst ein Vollzeitbeschäftigter nicht leben und erst Recht keine Familie ernähren, eine solche müsste zusätzlich aufstocken (Hartz IV). Ausgehandelt wird die 2018 mögliche Erhöhung von

einer sog. Mindestlohnkommission, die mit je 3 Vertretern der Gewerkschaften und von den Arbeitgeberverbände und einem Vorsitzenden besetzt wird. Die Verhandlungen sollen geheim bleiben, wenn es keine Einigung gibt, ist der „neutrale“ Vorsitzende das Zünglein an der Wage. Die Einhaltung des Mindestlohnes soll nicht durch die Gewerkschaften, sondern vom Zoll kontrolliert werden. Der Zoll hat mittlerweile fast die gleichen Befugnisse, wie die Polizei. Großeinsätze vom Zoll auf Baustellen zur Kontrolle von Schwarzarbeit sind bereits bekannt. Durch den Mindestlohn wird es nun immer öfter vorkommen, dass Betriebe

von diesen bewaffneten Kräften heimgesucht werden. In der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung gibt es genügend Beispiele dafür, wie Streiks durch Polizei- oder Militäreinheiten blutig niedergeschlagen wurden. Nur dass es in diesen, zugegeben etwas zurückliegenden Zeiten undenkbar gewesen wäre, dass solche Kräfte bewaffnet in den Betrieben rumlaufen.

Die Arbeitgeber haben hingegen nicht all zu viel zu befürchten, bei Verstoß gegen den Mindestlohn, droht nicht etwa Gefängnis, sondern lediglich ein Bußgeld zwischen 30.000 und 500.000€.



Die Renten-Lüge der Ermächtigungsregierung

Das, was die SPD und die Gewerkschaften als große Errungenschaft verkaufen wollen, ist nichts als eine Lüge, die nun offensichtlich vergessen machen soll, dass es eben jene SPD war, die die Rente mit 67 eingeführt hat.

Der ehemalige Präsident der Deutschen Rentenversicherung, Herbert Rische, hat laut Süddeutscher Zeitung vom 14.4.2014 folgendes vorgezeichnet: „Für 60% der neuen Ausgaben müssen die Beitragszahler aufkommen, 15% kommen aus Steuermitteln, die restlichen 25% werden von den Ruheständlern selbst getragen“. Ein echt sozialdemokratischer Gauklertrick, den wir 3mal bezahlen sollen: 1. Durch höhere Beiträge, 2. aus unseren Steuergeldern, 3. durch Rentensenkung.

Mal ganz davon abgesehen, dass Herr Schäuble eine Neuverschuldung dadurch vermeiden will, dass er sich aus unseren Sozialkassen bedient, wird hier eigentlich doch recht deutlich, wie das System funktioniert: Das von uns erarbeitete Geld geht an die, die wir täglich mit durchfüttern, an die Handvoll Milliardäre, die dadurch schon mehr zusammengerafft haben, als die Mehrheit der gesamten Bevölkerung besitzt. Solange wir diesen Herrschaften unsere Kassen und die Fabriken überlassen, werden wir dafür doppelt, dreifach und vierfach bezahlen müssen, wenn's sein muss auch mit unserem Leben. Also: Arbeiterkassen in Arbeiterhand!

Testfahrer und Getriebetechniker bei VW und Audi klagen gegen Scheinwerkverträge:

DIE MACHT UND DAS RECHT

Um es vorwegzunehmen: Die Klage wurde in erster Instanz abgewiesen. Eine junge Richterin am Braunschweiger Arbeitsgericht gegen den Weltkonzern aus Wolfsburg? Undenkbar, dass gegen den Monopolisten, der in 27 Ländern 573.000 Menschen für sich arbeiten lässt, auch nur ein Hauch von Recht gesprochen wird. Obwohl die 12 Kläger im ersten Prozess nachweisen konnten, wie sie, als „Werkverträger“, ihre Anordnungen von VW- und Audi-Leuten bekommen, diese mit Namen benennen konnten, hat wieder einmal das große Geld sich durchgesetzt. Vorläufig jedenfalls.

Wenige Tage nach dem Prozess, am 24. März, fand dann in der „Höhle des Löwen“, also in der VW-Stadt Wolfsburg eine Veranstaltung statt, zu der auch wir eingeladen waren, um von unseren Streiks gegen

Fremdvergabe und Leiharbeit zu berichten. 91 Kollegen, von VW und seinen Fremdfirmen waren da. Darunter auch der 1. und der 2. Bevollmächtigte der IG Metall. Man muss wissen, dass die IG Metall die Klagen der Kollegen nicht unterstützt hat. Kein Wort von ihnen in der Diskussion, dafür ein armseliger Abgang am Ende der gelungenen Veranstaltung: Herr Erb, der 1. Bevollmächtigte, wird von den Wolfsburger Nachrichten so zitiert: „Kabarettveranstaltung“.

Wer hier der Kabarettist ist, möge jeder selbst beurteilen: Derjenige, der viel von der „Ungerechtigkeit“ Leiharbeit schwafelt und und den Kollegen vorgaukelt, dass man sie nur „regulieren“ müsse oder diejenigen, die den Kampf dagegen führen und die Leiharbeit als das benennen, was sie ist: Zuhälterei, die verboten gehört.

Fabrikbesetzung gegen Leiharbeit

Nein, natürlich nicht bei uns – da soll die Leiharbeit je „geregelt“ werden. Nein, die Kollegen des Verpackungsherstellers Greif in der Türkei hielten 6 Wochen lang den Betrieb besetzt. Zwei Drittel (!) der Arbeiter dort sind Leiharbeiter von 44 verschiedenen Sklavenhändlern. Viele erhalten nur den gesetzlichen Mindestlohn von 283 Euro im Monat. Ihre Arbeitszeit wird willkürlich erhöht auf bis zu 12 Stunden.

In ganz Europa wird den Arbeitern das deutsche System des rechtlosen, willigen und billigen Leiharbeiters aufgedrückt. In der Türkei haben die Arbeiter wochenlang ihren Betrieb besetzt aus Protest gegen diese Zuhälterei. Bis die Polizei mit brutalsten Mitteln den Streik zerschlagen hat. Und unsere Gewerkschaften schweigen, „regulieren“ die Leiharbeit. Machen wir diesem Streikbruch endlich den Garaus!

(Erklärung der Arbeiter aus dem Werk: siehe nächste Seite)



Im Leben gibt es keinen Platz für Zuschauer. Entweder nehmt ihr euer Schicksal selbst in die Hand und beschreitet selbst euren Weg; oder ihr werdet euch wie ein Halm im Wind beugen. Auch wir gehörten jahrelang zu denen, die sich gebeugt haben - bis wir unser Schicksal in die eigenen Hände genommen und beschlossen haben, dieses Schicksal selbst zu ändern... Die Angst, vor der Zukunft ist verschwunden. Die Angst ist dem süßen Hauch der Hoffnung gewichen. Nun sprechen wir zu euch aus unserer von uns besetzten Fabrik.

Wer sind wir?

Wir sind Arbeiterinnen der Greif Werke in Esenyurt-Hadımköy und Ümraniye-Dudullu. Zusammen mit den Leiharbeiterinnen beläuft sich unsere Zahl auf 1500 Beschäftigte. Bis vor kurzem haben wir uns bei der Gewerkschaft der Textilarbeiter [Tekstil İşçileri Sendikası] unter der Konföderation der revolutionären Arbeitergewerkschaften (DISK) [Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu] organisiert.

Im November letzten Jahres hat die Firmenleitung einen unserer Kollegen entlassen, da sie von dessen gewerkschaftlicher Organisation erfahren hat. Sie dachten, dass sie uns damit einschüchtern und in Angst versetzen könnten. Aber wir hatten das Prinzip „Alle für einen - einer für alle“ bereits gelernt. Als wir die Maschinen stoppten, waren die Direktoren und ihre Anhänger anfangs noch von sich überzeugt. [...] Zuerst drohten sie uns. Ihre Drohungen gingen ins Leere. Danach folgten Lohnerhöhungsverprechungen, Bestechungsversuche [...] Sie schlossen von sich auf uns. Aber sie irrten sich. Wir sind uns bewusst: „Ein Arbeiter bedarf mehr seines Stolzes als des Brotes“. Nur 8 Stunden hielten sie aus. Sie entschuldigten sich bei jedem einzelnen von uns und wir haben unseren Kollegen aus den Fängen der Chefs gerissen. Wir wussten, wie wir diejenigen, die auf unsere Kosten leben, in die Knie zwingen können. Und mit unserer Besetzungsaktion haben wir unsere Gewerkschaft in die Fabrik gebracht. Sie haben uns bei den Tarifverhandlungen missachtet und erniedrigt; sie haben uns das Leiharbeitersystem und die Bedingungen der Sklaverei aufgezwungen. Daher haben wir erneut die gleiche Waffe gewählt und unsere Fabrik besetzt. Wir wissen: Einige werden unsere Aktion als den Mut des Unwissenden be-

zeichnen. Den Arbeiterinnen von Kavel hatten sie auch gesagt „habt ihr euren Verstand verloren?“. Aber Nein. Vor 41 Jahren wussten die Kavel-Arbeiter nur allzu gut, was sie machten. Vielleicht war das Wort STREIK nicht einmal in den verstaubten Wörterbüchern aufgeführt. Aber in unserer Verfassung, in den Gesetzbüchern des Klassenkampfes steht dieses Wort.

In Korea haben die besetzenden ArbeiterInnen von Ssangyong vor den Augen der Welt heldenhaft Widerstand geleistet und ihr Sieg war auch unser Sieg. Genau wie die Haltung der Arbeiterklasse bei uns, die zur Verteidigung der DISK am 15.-16. Juni aufstand... Wir ArbeiterInnen werden uns unserer Kraft bewusster und können größere Taten vollbringen, je mehr wir unsere eigene Geschichte kennen.

Was wollen wir und gegen wen ist unser Kampf gerichtet?

Wir haben die Diebe, die ihre Millionen in Schuhkartons verstecken, nicht vergessen. Auch diejenigen, welche die ArbeiterInnen alljährlich dem Elend des Mindestlohns aussetzen und einstimmig für die Erhöhung der Abgeordnetendiäten um 100 % sind, haben wir nicht vergessen. Und nun, kurz vor den Wahlen, geht diese Räubertruppe, also diejenigen, die uns schamlos in diese elende Situation gebracht haben, auf Stimmenjagd. Wir suchen die Lösung weder in Schuhkartons, noch in Holztruhen. Wir wollen von niemandem Almosen. Wir wollen, dass uns unsere Arbeitskraft nicht geraubt wird, wir wollen das Ende der bezahlten Knechtschaft.

- Wir fordern die Abschaffung der Leiharbeit, die einen Verstoß gegen die Verfassung darstellt und eine Bedrohung für unsere Zukunft und unser Recht auf Arbeit ist. Wir fordern wir die Übernahme aller Leiharbeiter in die Stammbeschäftigung.

- Als ArbeiterInnen, die jahrelang gezwungen waren, zu Niedriglöhnen und unter Knechtschaft zuarbeiten, fordern wir die Erhöhung unserer Löhne.

- Wir fordern für unsere Fabrik soziale Rechte, von denen wir bis jetzt nichts gesehen haben.

Kollegen/innen und Kampfgefährtinnen!

Wie ihr wisst, halten uns die Gewerkschaftsfunktionäre mit der Lüge hin: „Wir werden sie sowohl gewinnen lassen, als auch selber gewinnen.“ Damit schützen sie die Chefs. Aber wir

müssen wissen, dass der Sieg nicht durch Betteln erreicht wird, wie es uns die Gewerkschaftsfunktionäre glauben lassen wollen. Wie es uns die Geschichte unserer Kämpfe vielfach belegt hat, kann der Sieg nur durch WIDERSTAND errungen werden.

Diejenigen, die das Wort von „Arbeitsfrieden“ nicht aus dem Munde nehmen, vergreifen sich sogar an unserem Recht auf Rente. Mit ihren aufgesetzten Masken versuchen sie uns, die Arbeiterinnen, die Wahrheiten vergessen zu lassen.

Was sie uns an unserem Schweiß rauben, regnet als Tod auf unsere Brüdervölker, in Form der ungerechten und schmutzigen Kriege, dessen Teil sie sind. Mit den Okkupationen zu Gunsten des Imperialismus führen sie Millionen von Menschen in eine Katastrophe. Wir Arbeiterinnen jedoch kennen nur eine BESETZUNG. Das ist die Fabrikkbesetzung. Wir kennen nur einen legitimen KRIEG. Das ist der Klassenkampf, den wir für die Befreiung aus der Sklaverei führen.

Sie, unsere hochverehrten „Staatsgrößen“, sagen, dass es sich nicht um die Angelegenheit von „ein paar Bäumen“ handeln würde. Unrecht haben sie damit nicht. In unserem Fall handelt es sich auch nicht nur „um ein paar Groschen“. Wie wir alle wissen, ist das Problem jenseits dessen angesiedelt. Selbstverständlich werden diejenigen, welche Millionen von Menschen die auf die Straße gingen, angeschwärzt und mit den schmutzigsten Mitteln angegriffen haben, auch unserem legitimen Kampf mit der gleichen Unerträglichkeit begegnen. Aber wir, die Greif-ArbeiterInnen, haben nichts zu verlieren als unsere Ketten.

Aus diesem Grunde rufen wir alle Arbeiterinnen und alle Menschen, die auf der Seite der Arbeit und des Stolzes sind, auf, nicht Zuschauer bei unserem legitimen Kampf, sondern Schulter an Schulter mit uns zu sein. Der Sieg wird unser sein. Es wird der Sieg der ganzen Arbeiterklasse sein.

Die Last der Krise auf die Kapitalisten, die Macht der Arbeiterklasse!

Die Fabriken werden nicht Hölle bleiben, die Arbeiter keine Sklaven!

Dies ist erst der Anfang, der Kampf geht weiter! Besetzung, Streik, Widerstand!

Prozess gegen belgische Fordarbeiter: Stoppt den Streikbruch aus Deutschland!

Liebe Kolleginnen und Kollegen von Ford in Genk,

mit Wut und Empörung haben wir vom Prozesstermin am 11. Juni gegen Eure Kollegin Gaby Colebunders erfahren. Im Kampf um Eure Arbeitsplätze habt Ihr Euer Recht auf Demonstrationsfreiheit wahrgenommen und den Kapitalisten von Ford gezeigt, dass Ihr die Vernichtung Eurer Arbeitsplätze nicht kampflos hinnehmen werdet. Der brutale Polizeieinsatz und die Anklagen des deutschen Staatsapparats zeigen doch nur die große Angst der Herrschenden in der BRD, dass der Funke, den Eurer Kampf entfacht hat, auf andere Automobilfabriken überspringt und sich zu einem Flächenbrand entwickelt. Um es offen zu sagen: Für uns ist die passive Haltung unserer Gewerkschaften gegenüber Eurem Kampf skandalös. Anstatt die Ford-Kollegen in Köln in den Solidaritätsstreik zu

führen, gab es warme Worte, lauen Kaffee und Brötchen für Euch. Wir halten dies schlicht und einfach für Streikbruch gegenüber Eurem Kampf.

Hier im Bremer Mercedes Werk haben wir im vergangenen Jahr vier kleine Streiks durchgeführt gegen Fremdvergabe von Arbeitsplätzen an Billiganbieter, die ihre Beschäftigten mit Hungerlöhnen abspesen. Wir kämpfen gegen die Zuhälterei, die Leiharbeit, die nicht zuletzt eine Spaltung und Entrechtung der Arbeiterschaft bedeutet. Wir sehen dies als Teil unseres gemeinsamen Kampfes. Wir erwarten von der IG Metall die Prozesskosten-Übernahme und eine solidarische Unterstützung, die nicht nur mit der Trillerpfeife ausgeübt wird. Wir werden Euch am Prozesstermin aktiv mit unserer Solidarität vor Ort unterstützen, denn Euer Kampf ist unser Kampf.

35 Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall des Bremer Mercedes Werk

Dieses Flugblatt wurde geschrieben, verteilt und finanziert von Vertrauensleuten und Betriebsräten des Daimler-Werkes Bremen.

Kontakt: Jochen Kohrt, H 3 (Tel. 90442) / Jörg Häring, H 3 / Ralf Wieland, WPS / Herbert Mogck, H 4/6 (Tel. 90575) / Gerwin Goldstein, LOG/Indir. (Tel. 90600) / Frank Kotte, H 8 (Tel. 3804) / Thomas Langenbach, H 8, DNS / Gerhard Kupfer, H 8 (Tel. 91959) / Sascha Heiner, H 9 / Uwe Müller, H 9 (Tel. 90728) / Julia Nanninga H 7 (Tel. 6679) / Ingo Franke (H 8, DNS) und viele andere...

(April 2014)

E-Mail-Kontakt: gerwingoldstein@freenet.de - Spenden an: Sparda-Bank Hannover, BLZ:25090500, Konto-Nr.: 101637991, U. Müller, Stichwort: Flugblatt